

10. III. 1919

Der akademische Senat für die Mitverwaltung der Universität durch die Studenten.

Ein Erlass des Rektors.

Rektor Hofrat Professor W e l l e veröffentlichte gestern eine Kundmachung, bezugnehmend auf die akademische Senat im November die Heranziehung einer Vertretung der Studierenden zur Teilnahme an der Verwaltung bestimmter Universitätseinrichtungen in Aussicht nahm, namentlich für die studentischen Wohlfahrts-einrichtungen und Disziplinarangelegenheiten.

Das Staatsamt für Unterricht hat nach Ausarbeitung der Detailvor schläge durch eine Kommission den Senat eingeladen, der Schaffung von Hochschulausschüssen und ihrer Heranziehung zur Mitverwaltung bestimmter Hochschuleinrichtungen weiterhin sein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Der Deutsche Burschenschaft hat, wie die Kundmachung weiter mitteilt, namens der deutschösterreichischen Studentenschaft die Wünsche für Schaffung einer Hochschulvertretung auf Grund des Verhältniswahlrechtes formuliert und eine Versammlung der sozialdemokratischen Studenten soll den gleichen Gegenstand verhandeln.

Der Rektor begünstigt diese von studentischer Seite unternommenen vorbereitenden Schritte als Zeichen des Interesses, das bei den verschiedenen Gruppen der Studentenschaft für die Bildung einer studentischen Hochschulvertretung vorhanden ist, und richtet an die Studierenden der Wiener Universität die Einladung, Vorschläge und Einwürfe zur Schaffung eines gemeinsamen studentischen Vertretungskörpers dem Rektorat mitzuteilen.

Die in der Kundmachung des Rektors erwähnte Versammlung hat gestern abend im anatomischen Hörsaal des Professors Landler in Anwesenheit von einigen hundert Studenten und Studentinnen aller Fakultäten stattgefunden. Die beiden Referenten med. Stein und jur. Leichter legten die Aufgaben des allgemeinen Hochschulausschusses dar, für den sie das allgemeine, gleiche und direkte Proportionalwahlrecht aller Hörer fordern, die gemeinsam mit den Lehrern die Verwaltung der Hochschulen übernehmen sollen. Der Ausschuss soll die wirtschaftlichen Einrichtungen der Studentenschaft, so die Mensa academica verwalten, auf die Verteilung der Stipendien Einfluß nehmen, ebenso auf die Ueberlassung von Räumlichkeiten der Hochschule, er soll auch die Stellenvermittlung für studentische Arbeit betreiben, aber auch bei Verurteilungen vor Gericht gefragt werden, wo es sich nicht um Forscher, sondern um Lehrer handelt. Es soll alle Politik fernbleiben und nur sachliche Arbeit geleistet werden. In allen Reformfragen der Hochschulen wünscht die Studentenschaft gehört zu werden.

Diesen Forderungen der Sozialdemokraten schloß sich der Vertreter der jüdischnationalen Studenten Weiner und der Sprecher der Südslawen an, dieser mit der Erklärung, daß die südslawische Jugend sich die Annäherung an alle Nachbarvölker zur Aufgabe machen wolle.

Nachdem noch Dozent Dr. S w a r z die Zustimmung der Dozenten erklärt, jedoch Bedenken gegen die Mitwirkung bei Berufungen geäußert hatte, wurde eine Resolution angenommen, in der das allgemeine Wahlrecht, die Mitwirkung bei einer Reform des gesamten Hochschulbetriebes und die Mitarbeit des Ausschusses zur Befriedigung aller wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Studentenschaft verlangt wird.

Ein Vertreter der Deutschnationalen erhob gegen diese Forderungen Widerspruch, ebenso erklärte Techniker Mittler, daß seine Verhandlungen mit den Deutschnationalen an der Technik an deren Weigerung scheiterten, die Gleichberechtigung aller Hörer anzuerkennen.